

**„Fluchtursachen: Was tun? – Globale Faktoren – Niedersachsens
Verantwortung“** **Hannover 11.5.2016 VEN/AMFN**

Impulsvortrag:

***Mit Zäunen gegen Staatszerfall und soziale Ungleichheit?
Fluchtursachen bekämpfen geht anders!***

Thomas Gebauer, medico international

- es gilt das gesprochene Wort -

I.

Wir alle haben die Bilder der letzten Wochen noch vor Augen: die Bilder von Flüchtlingen, die im Schlamm versinken; von eilig hochgezogenen Stacheldrahtzäunen an den Grenzen; von brennenden Asylunterkünften; von nächtelang tagenden Sondergipfeln.

Tatsächlich scheint sich heutige Politik vor allem um ein Thema zu drehen: um Flucht und Gewalt. Ich bin zuletzt immer wieder gefragt worden, ob das, was wir nun erleben, noch ein Ausnahmezustand sei oder bereits neue Normalität. Die Antwort ist mir nicht leicht gefallen. Es ist wohl noch ein Ausnahmezustand. Aber sehr schnell kann daraus - sollten wir die Herausforderungen nicht ernst nehmen - bittere Normalität werden.

Für einen Großteil der Weltbevölkerung jedenfalls sind Gewalt und Elend längst Alltag. Neu ist, dass die Schrecken der Welt, denen Menschen im Süden zu entkommen versuchen, mehr und mehr auch mitten in Europa spürbar werden. Auch wir bekommen langsam eine Ahnung davon, wie sehr die Welt aus den Fugen geraten ist.

Warum das so ist, warum Menschen dort in die Flucht und hier in die Hände von Extremisten getrieben werden, darüber will ich nun reden.

Flüchtlingen beizustehen und der wachsenden Gewalt zu begegnen, ist ohne Frage ein Gebot der Stunde, eines, das wir angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen auch in Europa gar nicht ernst genug

nehmen können. Dennoch müssen wir uns - über die Hilfsbereitschaft hinaus - auch Klarheit darüber verschaffen, wie denn die globalen Verhältnisse politisch zu gestalten wären, damit Menschen gar nicht erst verzweifelt umherziehen müssen und Hass und Gewalt keine Chance hat.

Es sind zuletzt zahlreiche Aufrufe erschienen, die uns an Werte wie Mitmenschlichkeit und Solidarität gemahnen. Fast alle diese Appelle enden mit der Forderung, endlich auch die Fluchtursachen anzugehen. Eine Forderung, auf die sich, so scheint es, alle einigen können: sie schmückt Bundestagsreden ebenso wie die Spendenaufrufe von Hilfsorganisationen und die Flugschriften von Flüchtlingsinitiativen. Fragen wir aber nach, was denn mit „Fluchtursachen“ gemeint ist, wird die Sache fast immer vage. Da wimmelt es von falschen Analysen und Strategien, die letztlich nur eigennützige sicherheitspolitische Interessen verfolgen.

Wenn Kriegsgebiete, wie Afghanistan, zu einem sicheren Herkunftsland erklärt werden sollen und Regierungen, wie die in der Türkei, und so mancher afrikanischer Diktator mit einem Mal als diskrete Verhandlungspartner erscheinen, geht es nicht um die Bekämpfung der Ursachen der Flucht, sondern allein um die Bekämpfung der Flucht bzw. der Flüchtenden.

II.

Zu recht hat die Welt Deutschland im letzten Jahr für die große Solidarität, die Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürger den zu uns Geflohenen entgegengebracht haben, bewundert, und zu recht haben wir auch die große humanitäre Geste von Angela Merkel begrüßt, als sie die Grenzen für die Flüchtenden aufgemacht hatte. Aber mit dem gleichen Recht hadern wir heute mit Frau Merkel und einer Politik, die offenbar nur noch eines im Sinn hat: nämlich die erneute Abschottung, koste es was es wolle, finanziell und moralisch.

Ich will jetzt gar nicht auf die flagrante Rechtsverstöße zu sprechen kommen, die mit dem skandalösen Deal mit der Türkei verbunden sind. Dazu haben Organisationen wie Pro Asyl und Amnesty bereits alles gesagt.

Ich will Sie auf den sog. Khartoum-Prozess hinweisen, der in meinen Augen fast noch skandalöser ist.

Der Khartoum Prozess – benannt nach der sudanischen Hauptstadt – begann im Oktober 2014 und zielt darauf, die Flüchtlinge, die im nordöstlichen Afrika unterwegs sind, bereits weit außerhalb der EU abzuwehren.

„Flüchtlingspolitik“, mahnte der Bundesinnenminister Thomas de Maiziere, „darf nicht erst an den Grenzen Deutschlands beginnen“: notwendig sei eine „abgestimmte, verzahnte, vernetzte gemeinsame Strategie“, um die Rechte und die Sicherheit der Flüchtlinge zu stärken.

Wie wenig es aber um die Rechte und Sicherheit von Flüchtenden geht, wird klar, wenn wir uns die Maßnahmen genauer ansehen, die der Khartoum-Prozess vorsieht.

Da kann einem schon schwindelig werden: ausgerechnet mit den Regierungen von Eritrea und dem Sudan, die sich beide schwerer und systematischer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben und häufig genug der Grund sind, warum Menschen fliehen, wird nun über die Stärkung der Sicherheit von Flüchtlingen verhandelt. Deklariert als Entwicklungshilfe geht es dabei nicht zuletzt um die Ausbildung lokaler Sicherheitskräfte, die künftig für eine effektives Migrations- und Grenzmanagement, wie es im Verwaltungsjargon heißt, sorgen sollen. Man wolle zwar niemanden z.B. nach Somalia zurückschicken, weil dies inhuman sei, aber die Grenzen in der Region so dicht machen, dass kein Somali mehr über den Sudan nach Europa gelangen kann, so steht es in einem erst kürzlich publik gewordenen Dokument der EU.

Über die Hälfte der aus Somalia oder Eritrea fliehenden Menschen haben nach deutschem und europäischem Recht Anspruch auf Asyl; sie werden diesen Rechtsanspruch künftig nur noch dann geltend machen können, wenn sie auf gefährlichere Fluchtrouten z.B. über den kriegsgeschüttelten Jemen ausweichen. Maßnahmen, die vorgeblich den Rechten und der Sicherheit der Flüchtlinge dienen sollen, erweisen sich bei näherer Betrachtung als das krasse Gegenteil. Nicht um die Sicherheit der

Flüchtlinge geht es dem Innenminister und der EU, sondern einzig um die Schaffung von Umständen, mit denen sich Europa eben diese Flüchtlinge mitsamt ihrer Rechtsansprüche vom Leib halten kann.

III.

Wenn wir das nicht wollen, wenn wir tatsächlich nachhaltige Lösungen anstreben, müssen wir den Blick für das schärfen, was die Flucht antreibt. Denn die Gründe, warum sich Menschen auf den Weg machen, fallen nicht vom Himmel. Sie sind das Ergebnis globaler Verhältnisse, die – so meine Kernthese – die Interessen der Ökonomie über die der Menschen gestellt haben.

Sie werden vielleicht einwenden wollen, dass Kriege, wie die in Syrien oder Afghanistan, nicht allein eine Sache der Ökonomie sind. Das stimmt, keine Frage.

Da geht es auch um Fragen von Macht und um geostrategische Interessen. Dennoch wissen wir, dass ohne die vom Weltmarkt produzierte Armut, ohne die neoliberale Aufkündigung der Sozialstaatlichkeit und ohne die Zerstörung der Umwelt durch eine verantwortungslose Produktionsweise, die Verhältnisse nie so eskaliert wären. Das gilt auch für Syrien. Auch dort ist in den Jahren vor dem Ausbruch des Krieges die Ungleichheit angewachsen. Während der Reichtum einer kleinen Elite zunahm, verarmten breite Bevölkerungsschichten. Als dann auch noch die sozialstaatlichen Subventionen für Mieten und Bildung gekappt wurden und sich die Folgen einer landesweiten Dürrekatastrophe bemerkbar machten, wuchs die Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Wenn wir die Länder betrachten, aus denen Menschen fliehen, zeigen sie - bei aller Verschiedenheit - doch auch Gemeinsamkeiten.

Ob im Irak, in Afghanistan, Mali oder Guatemala, in all diesen Ländern sind Merkmale eines voranschreitenden Staatszerfalls und einer wachsenden sozialen Ungleichheit auszumachen. Schauen wir näher hin, wird klar, dass beides Folge dessen ist, was wir Globalisierung nennen,

genauer: eine Folge der marktradikalen Umgestaltung der Welt, der globalen Entfesselung des Kapitalismus

Lässt man das euphemistische Gerede vom „global village“ mal beiseite, entpuppt sich die Globalisierung – so wie sie bislang stattgefunden hat – zuallererst als eine ökonomische Strategie. Ziel war nicht die Schaffung von weltbürgerlichen Verhältnissen, sondern die Wiederankurbelung der in den 1970er Jahren ins Stocken geratenen Kapitalverwertung.

Damals schienen die Grenzen des Wachstums nahe und das Erzielen von Rendite nur noch über die Senkung der Produktionskosten möglich. Erreicht wurde dies unter anderem durch den Einsatz neuer Technologien, aber auch über der Internationalisierung der Produktionsabläufe. Investiert wurde fortan bevorzugt dort, wo Subventionen und Steuerbefreiungen lockten, wo die Hürden durch Arbeits- und Umweltschutz gering waren, mit anderen Worten: wo größere Profitmargen winkten. Arbeitsplätze wurden in die Billiglohnländer des Südens verlagert, die Firmen selbst grenzüberschreitend verschachtelt.

Voraussetzung für die Internationalisierung der Produktion war die Liberalisierung des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs. Entsprechend stand nicht die Freizügigkeit von Menschen auf der Agenda der Globalisierung, sondern die Freiheit von Waren und Geldströmen.

Das Versprechen, dass dabei auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich als Trugschluss erwiesen. Statt zu einem Trickle-down-Effekt kam es zu dessen Gegenteil, zur Umverteilung von unten nach oben. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Gerade einmal ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt heute die Hälfte des weltweiten Vermögens.

Sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder ist die soziale Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten dramatisch angewachsen. Auf der einen Seite der reiche globale Norden (politischer, nicht geografischer Begriff) mit seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Vorherrschaft, auf der anderen der globale Süden, die Zonen des Elends, der Chancenlosigkeit und Ausgrenzung. Die Lage ist inzwischen so prekär, dass selbst das Davoser Weltwirtschaftsforum kürzlich eingestehen

musste, dass sich im Zuge der Globalisierung das Risiko für soziale Verunsicherung drastisch vergrößert habe. Soziale Verunsicherung - übersetzt heißt das zunehmende Bedeutungs- und Perspektivlosigkeit, fehlende Arbeit, Hunger, Vertreibung durch Klimawandel, Hunger, Kriege. All das ist heute für eine wachsende Zahl der Weltbevölkerung bitterer Alltag, und all das machen Menschen geltend, wenn sie wir nach den Beweggründen für Flucht und Migration fragen.

Teil der sozialen Verunsicherung ist die zunehmende Aushöhlung öffentlicher Daseinsvorsorge. Um die damals mitunter hoch verschuldeten Länder des Südens in die Weltwirtschaft einbinden zu können, wurden ihnen von Weltbank und dem Internationale Währungsfonds (IWF) drastische Einschnitte in der Sozialpolitik aufgezwungen, - so z.B. die Abschaffung subventionierter Grundversorgung oder die Privatisierung von Gesundheit, Energie, Trinkwasser, etc. Vielerorts haben diese Strukturanpassungsprogramme zu einer kompletten Aushöhlung öffentlicher Daseinsvorsorge geführt.

Budgetmittel, die zur Finanzierung von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung notwendig gewesen wären, flossen in den Schuldendienst bzw. in den Aufbau von Sicherheitsapparaten, mit denen sich jene lokalen Eliten, die nach außen die weltwirtschaftliche Integration ihrer Länder garantierten sollten, schützten.

Nicht demokratische Gemeinwesen konnten sich so herausbilden, sondern autoritäre Herrschaftsverhältnisse. In nicht wenigen Ländern ist es schließlich zu einem vollständigen Zusammenbruch staatlicher Strukturen gekommen.

Dass aus solchen Umständen Gewalt erwächst, sollte nicht verwundern. Auch nicht, dass Machthaber, die sich nicht mehr demokratisch legitimieren können, zur Erhaltung ihrer Macht Feindbilder schüren und dafür sorgen, dass sich soziale Konflikte in ethnische Auseinandersetzungen verschieben und schließlich in offene Gewalt umschlagen.

Waren es 2005 noch 7 Staaten, die hohe bzw. sehr hohe Alarmzeichen von Fragilität aufwiesen, sind es 2015, zehn Jahre später schon 16 gewesen.

Die globale Entfesselung des Kapitalismus, so mein Fazit, hat die Welt zu einem extrem unsicheren Ort gemacht, dem immer mehr Menschen zu entfliehen versuchen.

IV.

Um eines aber gleich klar zu machen: Nur die wenigsten kommen und werden nach Europa. Die meisten wandern ab in die Slums der Städte, manche in den Nachbarländern. Flucht und Migration sind zuallererst regionale Phänomene. Und die, die uns kommen, sind nicht die Ärmsten der Armen. Die nämlich schaffen es in der Regel nicht einmal, ihre Dörfer zu verlassen. Über 300 Millionen Menschen sind seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes aufgrund von Armut gestorben. Das sind mehr als in all den Kriegen des 20. Jahrhunderts zusammen.

Man muss kein Pessimist sein, um vorauszusagen, dass dieses stille, hierzulande kaum wahrgenommene Verrecken von Menschen anhalten wird, wenn die herrschende Zerstörungsdynamik nicht gestoppt wird.

Hält der Klimawandel an, wird die Zahl der Klimaflüchtlinge, die jetzt schon auf 20 Millionen geschätzt wird, weiter ansteigen; ebenso die Zahl der Kleinbauern, die aufgrund von Landraub aus ihren Subsistenzwirtschaften vertrieben werden, ohne dass ihnen Alternativen zur Verfügung stünden.

Daran hat, wie wir wissen, auch die deutsche Politik Anteil. Deklariert als Entwicklungshilfe beteiligt sich das Entwicklungshilfeministerium an der Umstrukturierung der afrikanischen Landwirtschaft nach europäischem Vorbild: - vorgeblich, um den Hunger zu bekämpfen, tatsächlich aber um die Interessen des internationalen Agrobusiness zu bedienen. Mehr als 100 Millionen Kleinbauern könnten in den kommenden Jahren ihrer Existenz beraubt werden, warnen Kritiker.

Auch die Freihandelsabkommen, die heute den Ländern im Süden aufnötigt werden, tragen zur Zementierung der bestehenden ungerechten weltwirtschaftlichen Strukturen bei.

Zu den gravierendsten Problemen vieler Länder Afrikas zählt eine nur schwach entwickelte industrielle Produktion. Afrika exportiert Rohstoffe, aber kaum Fertigprodukte. Der Anteil am Gesamtexport ist verschwindend gering und liegt - mit fallender Tendenz - bei heute 0,8%.

Wollte Afrika eine eigene industrielle Produktion aufbauen, müsste es seine Produzenten durch protektionistische Maßnahmen schützen: durch Importzölle auf Fertigwaren aus dem Ausland z.B. oder durch Subventionen. Im Kontext nachholender Entwicklung war das völlig üblich: auch Deutschland konnte Ende des 19. Jahrhunderts den Rückstand gegenüber England nur durch Schutz der eigenen Wirtschaft aufholen.

Genau ein solcher Protektionismus aber ist den meisten afrikanischen Regierungen untersagt. Dafür sorgen eben die bilateralen Außenhandelsabkommen, die den Ländern in den zurückliegenden Jahren aufgenötigt wurden, darunter auch die „Economic Partnership Agreements“ mit der EU.

Darin ist vertraglich fixiert, was die Flucht von Menschen anfeuert: nämlich, dass Europa für den Zugriff auf relevante Rohstoffe kaum Steuern zahlen muss und auch Waren zollfrei nach Afrika exportieren kann, Afrika im Gegenzug aber allerlei Lizenzgebühren zahlen muss: für patentgeschütztes Saatgut z.B., für Arzneimittel, Kommunikationstechnologie usw.

Das destruktive Potential der „Economic Partnership Agreements“ ist übrigens sehr gut bekannt, auch unter denen, die sie aushandeln. Im Gespräch mit Hilfeorganisationen bestätigten hochrangige Beamte im Kanzleramt: Ja, wir sollten darauf achten, dass die negativen Effekte für die Länder des Südens nicht allzu groß werden.

Es wären jetzt noch eine Reihe andere Gründe anzuführen, die zur Zerstörung der Lebensgrundlagen von Menschen im Süden beitragen: der

Trawlerfischfang, die Waffenexporte, die Steuerflucht, die alle zu beachten sind.

V.

Dennoch sollten wir bei all dem nicht übersehen, dass Menschen, die sich auf den Weg machen, nicht einfach nur Opfer sind. Sie setzen der destruktiven Dynamik der wirtschaftlichen „Globalisierung von oben“ etwas entgegen, das ich eine „Globalisierung von unten“ nenne. Eine Globalisierung, die ich keineswegs idealisieren will und die auch keine sich selbst bewusste politische Bewegung darstellt. Eine Globalisierung aber, die vom Beharren auf Teilhabe getragen wird. Der Akt, Grenzen zu überschreiten, ist ein Akt des Aufbegehrens, aber es ist kein revolutionärer Akt. Die Menschen, die zu uns kommen, denken zuallererst an sich selbst. Sie sind nicht besser oder schlechter als wir.

Eines aber haben viele Menschen im Süden begriffen; nämlich dass es die weltpolitischen Verhältnisse sind, die jederzeit, ob mittel- oder unmittelbar, über Erhalt und Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen entscheiden können. Es ist absolut vernünftig, dem durch Migration vorbeugen zu wollen. Die Chancen von asiatischen Familien oder afrikanischen Dorfgemeinschaften, das eigene Überleben zu sichern, sind natürlich größer, wenn es einzelnen Familienmitgliedern gelingt, sich in den prosperierenden Ländern des Nordens zu etablieren. Längst übersteigen die Rücküberweisungen von Migranten in ihre Herkunftsländer die weltweit geleistete Entwicklungshilfe.

Bei genauerer Betrachtung entpuppen sich Globalisierung und Migration als die zwei Seiten einer Medaille. Dies zu akzeptieren, zu akzeptieren, dass Globalisierung ohne Migration nicht zu haben ist, stellt wohl die größte Herausforderung dar, der sich Nationalstaaten heute stellen müssen.

VI.

Nehmen wir diese Herausforderung ernst, dann ist ein komplett anderes Handeln notwendig als das, was die eilig einberufenen Krisenstäbe derzeit vorantreiben.

Notwendig ist zuallererst eine grundsätzliche Korrektur des herrschenden Sicherheitsbegriffes. Nicht mit Zäunen und der militärischen Bekämpfung von Schleusern wird den Ursachen von Flucht von Menschen zu begegnen sein, sondern allein über eine Politik des sozialen Ausgleichs.

Es ist bezeichnend, dass in den offiziellen Risikoanalysen die Ursachen für die gegenwärtig in der Welt herrschenden Bedrohungen viel zu selten mit der politischen, ökonomischen und kulturellen Vorherrschaft des Nordens in Verbindung gebracht werden. Nicht die ungerechten weltwirtschaftliche Verhältnisse gelten als das Problem, sondern das, was aus ihnen folgt: der Staatszerfall, die Verslumung der Städte, die Gewalt, die Migration. Nicht die milliardenschweren EU-Agrarsubventionen stehen im Fokus, sondern die Flüchtlinge aus Afrika, die sich auf den Weg nach Europa machen, weil die Erträge ihrer Landwirtschaft mit den subventionierten Produkten aus Europa nicht konkurrieren können.

Es ist höchste Zeit zu erkennen, dass die Gefahren nicht von außen kommen, sondern von innen. Die globale Katastrophe hat hier ihren Ausgang genommen. Wenn wir es genau nehmen, ist es das von uns in alle Welt exportierte Wirtschaftssystem, das die Flucht und das in Welt herrschende Elend verursacht, und sind es letztlich wir, die den Grund darstellen, warum Menschen fliehen. Von dieser Erkenntnis ist die Politik noch weit entfernt.

Dabei wussten schon die Propheten im Alten Testament, dass Frieden nicht das Ergebnis von Sicherheit ist, sondern von Gerechtigkeit: der Gerechtigkeit Frucht wird der Friede sein, heißt es bei Jesaja. Offenbar ist es notwendig, dieses uralte Wissen heute immer und immer wieder gegen eine fast schon mythische Überhöhung von Sicherheit in Erinnerung zu rufen.

Man kann das gleiche auch mit Worten von Karl Marx sagen: die Geschichte sei eine Geschichte von Kassenkämpfen, heißt es im kommunistischem Manifest. Solange es Klassengegensätze gäbe, solange keine Gerechtigkeit herrsche, wird es auch keinen Frieden geben.

Niemand anderes als der milliarden schwere Börsenspekulant Warren Buffett, einer der reichsten Männer der Welt und ein Spezi von Bill Gates, hat kürzlich auf diesen Umstand hingewiesen: „Es herrscht Klassenkrieg,“ so Buffett um Interview, „aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die den Krieg führt, und wir sind dabei, ihn zu gewinnen“. Weil Buffet und Gates aber einen Teil ihres Vermögens spenden, zählen sie zugleich zu den größten Wohltätern der Gegenwart. Sie spenden, aber sie teilen nicht. „Wohltätigkeit“, aber, so soll der Schweizer Bildungsreformen und Zeitgenossen der Französischen Revolution Pestalozzi einmal gesagt haben. „Wohltätigkeit ist die Ersäufung des Rechts im Mistloch der Gnade“.

VII.

Was also tun? - Ein ernstzunehmender Hinweis darauf, was zu tun wäre, findet sich in Artikel 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Dort heißt es: alle Menschen haben das Recht auf „eine soziale und internationale Ordnung, in der die Rechte und die Freiheit, die mit der Erklärung in Kraft treten, auch voll verwirklicht sind“.

Für eine solche internationale Ordnung zu streiten, würde sich schon lohnen. Dazu bedarf es einer Vision, die das Neue wenigstens in seinen grundlegenden Prinzipien aufscheinen lässt.

Und so wird eine nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen nicht umhin kommen, sich über Alternativen zur herrschenden profit- und wachstums-orientierten Ökonomie Gedanken zu machen und zugleich Mechanismen grenzüberschreitenden Umverteilung zu etablieren, um allen Menschen an allen Orten der Welt den Zugang zu öffentlicher Daseinsvorsorge zu sichern.

Wie Sie sehen, geht es keineswegs darum, die Welt komplett neu zu erfinden. Längst wissen wir um die Bedeutung von demokratischer Teilhabe, von genossenschaftlicher Ökonomie, von Rechtssicherheit und solidarische finanzierte Daseinsvorsorge für das Zusammenleben von Menschen. Was wir allerdings zu ergründen haben ist, wie sich solche Institutionen heute ins Globale erweitern lassen. Wie es gelingt, völlig

gegenläufig zum herrschenden neoliberalen Trend, jene grenzüberschreitende soziale Infrastruktur zu schaffen, die schließlich die Voraussetzung dafür bildet, dass eine den globalisierten Verhältnissen angemessene transnationale Existenz möglich wird, nicht die vom Kapital, sondern endlich auch die von Menschen.

Notwendig ist eine Politik, die den sozialen Zusammenhalt fördert, statt ihn zu unterminieren. Dazu braucht es mehr als wohlfeile Sonntagsreden. Erforderlich ist die Schaffung der normativen und materiellen Voraussetzungen für ein gemeinwohlorientiertes Zusammenleben auch auf globaler Ebene.

Konkret heißt das z.B. die internationale Angleichung von Arbeits- und Sozialstandards, eine effektive Regulierung umweltschädigender Produktion, die Bekämpfung der Steuerflucht, die Revision bereits bestehender Freihandelsabkommen und die Verhinderung neuer wie z.B. TTIP und nicht zuletzt auch der Aufbau von sozialen Sicherungssystemen für alle Menschen an allen Orten der Welt. Was uns da vorschwebt, ist ein solidarisch finanzierter Internationaler Fonds für Gesundheit, der – wie der deutsche Landesfinanzausgleich – reichere Länder dazu verpflichtet, zu den Gesundheitsbudgets ärmerer Länder beizutragen.

Zugegeben, das sind große Herausforderung, aber eben keine, an denen ein Weg vorbeigeht.

Wir haben das einmal für Bereich globaler Gesundheitsversorgung gerechnet, es käme nicht teurer als jetzt. Weltgesellschaftliche Verhältnisse scheitern nicht an fehlenden Ressourcen, sondern allein am fehlenden politischen Willen und dem öffentlichen Druck, um der Politik Beine zu machen und uns selbst in die Verantwortung zu nehmen.

Notwendig ist eine radikale Veränderung der herrschenden Produktions- und Konsumverhältnisse, zu der wir alle beitragen können. Wir alle sind aufgefordert, an der Herausbildung einer „Nicht-imperialen Lebensweise“ mitzuwirken, - einer, die sich nicht auf Übervorteilung und Ausbeutung anderer gründet.

Bei medico reden wir im Kontext von Flucht und Migration von einem doppelten Recht, dem Recht zu bleiben und dem Recht zu gehen. Es liegt auf der Hand, dass beide Rechte nur miteinander, nur gemeinsam zu verwirklichen sind. Nur dort, wo niemand mehr aufgrund von Krieg und Zerstörung zur Flucht gezwungen wird, ist auch das Recht auf Freizügigkeit vollkommen. Nicht Flucht ist das Ziel, sondern Freizügigkeit, als Ausdruck höchster Freiheit.

Vielen Dank!

**Regelmäßige Informationen über die Arbeit von medico
und den Projektpartnerorganisationen können Sie
kostenfrei hier abonnieren:**

www.medico.de/anmelden